



Niederschrift

32. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin:	Donnerstag, 24.11.2022
Sitzungsbeginn:	18:03 Uhr
Sitzungsende:	20.1220:12 Uhr
Ort, Raum:	Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	Sitzungsleitung
---------------------	--------------------------	-----------------

Ausschussmitglieder

Herr Uwe Adler	SPD	
Herr Leon Troche	SPD	ab 18.05 Uhr
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Matthias Finken	CDU	
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	ab 18.05 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Anja Günther	Sozial.DIE LINKE.Potsdam
-----------------------	-----------------------------

sachkundige Einwohner

Herr Maximilian Adams	CDU	
Frau Dr. Sophie Haebel	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18.10 Uhr
Herr Dr. Matthias Kretschmer	Freie Demokraten	
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Norbert Wilke	Sozial.DIE LINKE	

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Geschäftsbereich 4
-------------------	--------------------

Vertreter der Beiräte

Herr Frank Spade Bündnis 90/Die
Grünen

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin Sozial.DIE entschuldigt
LINKE.Potsdam
Herr Sebastian Olbrich AfD entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt
Herr Ralf Jäkel DIE LINKE entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Jan Kuppert DIE aNDERE entschuldigt
Herr Klaus Rietz BürgerBündnis entschuldigt

Vertretung der Bewegung Fridays for Future

Frau Anna Ducksch Bewegung FFF entschuldigt

Gäste

Herr Schenke Fachbereich Mobilität und Infrastruktur zu TOP 4.11 bis 5.2
Frau Lippert Koordinierungsstelle Klimaschutz zu TOP 4.1, 4.2, 4.7 bis
4.9
Frau Rose Koordinierungsstelle Klimaschutz zu TOP 4.5
Herr Kümmel Geschäftsstelle Bauen und Projekte zu TOP 4.2 und 4.3
Herr Sträter Ortsvorsteher Groß Glienicke zu TOP 4.13

Schriftführerin:

Frau Viola Kropp GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
20.10.2022
- 3 Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 nachhaltige/erneuerbare Energiegewinnung in Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0739
Fraktion CDU
(Wiedervorlage)
- 4.2 Ausbaupotentiale des Fernwärmenetzes
Vorlage: 22/SVV/0726
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)
- 4.3 Park- und Grünanlagenpflege dauerhaft sichern
Vorlage: 22/SVV/0941
Fraktion CDU
- 4.4 Ausreichend Mittel für Park- und Grünanlagenpflege einplanen
Vorlage: 22/SVV/0942
Fraktion CDU
- 4.5 Berücksichtigung der Stadtklimakarte in der Stadtplanung und Bauleitplanung
Vorlage: 22/SVV/0975
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 4.6 Fortschreibung Prioritätenliste naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und
Ersatzmaßnahmen
Vorlage: 22/SVV/0979
Fraktion DIE aNDERE
- 4.7 Verstärkung der Klimaschutzziele in der Stadtentwicklung
Vorlage: 22/SVV/1001
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 4.8 Klima-Bündnis-Resolution zum Thema Klimaschutz und Energiearmut
Vorlage: 22/SVV/1004
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.9 Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien für Mieter:innen in Potsdam
fördern
Vorlage: 22/SVV/1014
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 4.10 Unterstützung Blumenfee vom Luisenplatz
Vorlage: 22/SVV/1008
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 4.11 Anschaffung von Dialogdisplays (Geschwindigkeitsanzeigen) zur Verbesserung
der Verkehrssicherheit
Vorlage: 22/SVV/0992
Fraktionen SPD, Sozial.DIE LINKE.Potsdam, Bündnis 90/Die Grünen

- 4.12 Verbesserter Lärmschutz entlang der A115
Vorlage: 22/SVV/0813
Fraktion Freie Demokraten
- 4.13 Ortsumgehung OT Groß Glienicke
Vorlage: 21/SVV/0265
Ortsbeirat Groß Glienicke
(Wiedervorlage)
- 4.14 Bekenntnis zum Tarifplan des ViP
Vorlage: 22/SVV/0952
Fraktion AfD
- 4.15 Anpassung Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur
Vorlage: 22/SVV/1007
Fraktion Freie Demokraten
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 BE zum Prüfauftrag 22/SVV/0825 Einrichten einer Haltestelle Bornim Kirche
Fachbereich Mobilität und Infrastruktur
- 5.2 Information zu den Nachfragen aus der vergangenen Sitzung
- Umverlegung der Kreuzung Albert-Einstein-Str./Am Brauhausberg nach Süden; Anschlüsse und Flächengestaltung
- straßenräumliche verkehrliche Situation südlich des neu eröffneten Museums „Minsk“
Fachbereich Mobilität und Infrastruktur
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Walter, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.10.2022

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von derzeit 8 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

Zur Tagesordnung gibt es folgende Empfehlungen:

- gemeinsame Behandlung der TOP'e 4.1 und 4.2
- gemeinsame Behandlung der TOP'e 4.3 und 4.4 sowie die Bitte, die TOP'e vorzuziehen, da Herr Kümmel um 19.00 Uhr einen anderen Termin wahrnehmen muss

Die geänderte Tagesordnung wird **einstimmig bestätigt**.

Zur öffentlichen Niederschrift der Sitzung vom 20.10.2022 gibt es keine Hinweise. Die Niederschrift wird mit 1 Stimmenthaltung bestätigt.

zu 3 Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass Frau Lange durch die Veränderungen in der Fraktion nicht mehr die Funktion der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden wahrnehmen kann und somit die Wahl einer/s neuen stellvertretenden Ausschussvorsitzenden erforderlich wird.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Vorschläge für die Wahl der Stellvertreterin/des Stellvertreters:

Herr Troche und Herr Walter schlagen Herrn Michel Berlin vor. Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Die Bereitschaft des abwesenden Herrn Berlin, im Falle der Wahl die Vertretung des Ausschussvorsitzenden zu übernehmen, liegt dem Ausschussvorsitzenden vor.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Wahl offen vorzunehmen und stellt dies zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

Der Ausschussvorsitzende stellt den Vorschlag, Herrn Michel Berlin zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität zu bestimmen, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.3 Park- und Grünanlagenpflege dauerhaft sichern Vorlage: 22/SVV/0941 Fraktion CDU

Die Tagesordnungspunkte 4.3 und 4.4 werden vorgezogen und gemeinsam behandelt.

Herr Finken bringt beide Anträge ein und stellt den Geschäftsordnungsantrag, diese bis zu den Haushaltsverhandlungen zurückzustellen.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass der Ausschuss für Finanzen in gestriger Sitzung beide Anträge abgelehnt habe.

Der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Finken auf Zurückstellung wird zur Abstimmung gestellt:

Dafür und dagegen spricht niemand.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

Herr Kümmel (Geschäftsstelle Bauen und Projekte) erhält trotz Zurückstellung der Anträge kurz die Gelegenheit auf die Anträge einzugehen und erinnert, dass die Verwaltung bereits in früherer Sitzung im KUM-Ausschuss aufmerksam gemacht habe, dass 5 zusätzliche Stellen geschaffen werden müssten, um die von der Stiftung angestrebte Pflegequalität auch auf städtischen Anlagen gleichen Ranges erreichen zu können. Damit sollte deutlich gemacht werden, dass durch eine finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten einen Pflegestandard anstrebt, die die LHP auf eigenen Flächen aufgrund begrenzter Ressourcen nicht erreichen kann.

Der **Antrag 22/SVV/0941** wird bis zu den Haushaltsberatungen zurückgestellt.

zu 4.4 Ausreichend Mittel für Park- und Grünanlagenpflege einplanen

Vorlage: 22/SVV/0942

Fraktion CDU

Siehe TOP 4.3.

Der **Antrag 22/SVV/0942** wird bis zu den Haushaltsberatungen zurückgestellt.

zu 4.1 nachhaltige/erneuerbare Energiegewinnung in Potsdam

Vorlage: 22/SVV/0739

Fraktion CDU

(Wiedervorlage)

Die TOP'e 4.1 und 4.2 werden gemeinsam behandelt.

Herr Walter informiert über die zwischenzeitlich mit der Verwaltung erfolgte

Verständigung zur Verschmelzung beider Anträge (22/SVV/0739 und 22/SVV/0726), in deren Ergebnis folgender gemeinsamer Antrag 22/SVV/0739 der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und CDU als **neue Fassung** eingebracht wird:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Potenziale erneuerbarer Energieträger für Strom und Wärme im Stadtgebiet zu ermitteln und prioritär ein Stufenkonzept der Ausbaupotenziale für die Fernwärme erstellen zu lassen.

Dazu sind in einem ersten Schritt die Energieverbräuche gebäudescharf zu ermitteln und dabei auch die erneuerbaren Energie-Erzeugungsanlagen, inkl. der Energienetze für Wärme, Gas und Strom zu ermitteln. Besonderer Fokus ist auf Quartiere mit hohem Energieverbrauch und einer hohen Energiedichte zur Vorbereitung und Priorisierung von Quartierskonzepten zu legen.

Es ist über den Sachstand der Arbeit regelmäßig, halbjährlich und erstmalig im Q II / 2023 im KUM zu berichten.“

Herr Finken bestätigt dies namens der Fraktion der CDU.

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) erinnert, dass die Anträge in der vergangenen Sitzung mit dem Auftrag zurückgestellt worden sind, die Leistungsbeschreibung für das Ausschreibungsverfahren vorzustellen. Anhand einer Präsentation, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt wird, geht Frau Lippert detailliert darauf ein und beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder. Hier handelt es sich um einen sehr langwierigen Prozess, für dessen Abschluss ca. 2 Jahre benötigt werden.

Die Abstimmung der Voten aus den Ortsbeiräten und des Ergänzungsantrages von Herrn Menzel kann aufgrund der modifizierten Fassung entfallen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages 22/SVV/0739 zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Potenziale erneuerbarer Energieträger für Strom und Wärme im Stadtgebiet zu ermitteln und prioritär ein Stufenkonzept der Ausbaupotenziale für die Fernwärme erstellen zu lassen.

Dazu sind in einem ersten Schritt die Energieverbräuche gebäudescharf zu ermitteln und dabei auch die erneuerbaren Energie-Erzeugungsanlagen, inkl. der Energienetze für Wärme, Gas und Strom zu ermitteln. Besonderer Fokus ist auf Quartiere mit hohem Energieverbrauch und einer hohen Energiedichte zur Vorbereitung und Priorisierung von Quartierskonzepten zu legen.

Es ist über den Sachstand der Arbeit regelmäßig, halbjährlich und erstmalig im Q II / 2023 im KUM zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 4.2 Ausbaupotentiale des Fernwärmenetzes

Vorlage: 22/SVV/0726

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)

Siehe TOP 4.1.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Feststellung, den Antrag 22/SVV/0726 für „durch Verwaltungshandeln erledigt“ zu erklären:

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 4.5 Berücksichtigung der Stadtklimakarte in der Stadtplanung und Bauleitplanung

Vorlage: 22/SVV/0975

Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

Frau Rose (Koordinierungsstelle Klimaschutz) macht aufmerksam, dass der Titel der Vorlage richtig „Stadtklimakarte der Landeshauptstadt Potsdam“ heißen müsste, da die Berücksichtigung in der Stadt- und Bauleitplanung zu kurz gegriffen sei und weitere Themen beinhalte. Sie bittet den Titel der Vorlage zu ändern und bringt die Vorlage anhand einer Präsentation ein. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt. Die Veröffentlichung auf der Website erfolgt, sobald der Beschluss gefasst worden ist. Frau Rose geht auf einzelne Nachfragen der Ausschussmitglieder ein und macht aufmerksam, dass der Klimaschutz und die Anpassung noch freiwillige Themen sind und eine Abwägung erfolgen müsse.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Das erarbeitete Gutachten zur „Stadtklimakarte“ (Kartenmaterial und Endbericht) zu den Wetterereignissen Hitze und Starkregen soll zukünftig als Grundlage für eine klimasensible, an den Klimawandel angepasste Stadtentwicklung dienen und dafür in den aktuellen und zukünftigen Planungsprozessen Berücksichtigung finden. Die Beratung und Umsetzung von konkreten Maßnahmen im Bestand und im Neubau erfolgt integriert in der Fläche und im Siedlungsraum und wird durch die jeweiligen Facheinheiten ausgeführt.
2. Zur Information der Bevölkerung wird das erarbeitete Gutachten mit

Karten- und Berichtsmaterial auf den Seiten der LHP (www.potsdam.de) veröffentlicht. Das dient vor allem der Sensibilisierung für die genannten Themen Hitze und Starkregen, den damit verbundenen Risiken und eröffnet darüber die Möglichkeit zur Selbstvorsorge.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 4.6 Fortschreibung Prioritätenliste naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
Vorlage: 22/SVV/0979
Fraktion DIE aNDERE

Herr Tomczak bringt den Antrag ein. Ziel müsse sein, einen Katalog zu erstellen, der Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ausweist. Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollten möglichst im Baugebiet selbst bzw. in der Nähe, zumindest aber im Stadtgebiet vorgenommen werden. Dafür sei die Identifizierung von Flächen, wie im Antrag angegeben, unbedingt erforderlich.

Herr Rubelt macht aufmerksam, dass es bereits den Beschluss 21/SVV/0224 zur Erstellung eines Katasters für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Eingriffen in die städtische Natur gebe und die Abbildung fachlich nachvollziehbarer Prioritäten mittels eines Katasters möglich sei. Jedoch sind die für die Erstellung eines solchen Katasters im Bereich Umwelt erforderlichen Personalkapazitäten und finanziellen Mittel nicht vorhanden. Ohne ein Kataster sei auch eine Priorisierung nicht möglich. Herr Rubelt verweist nochmals auf den bereits gefassten Beschluss 21/SV/0224 und schlägt vor, die Intention dieses Antrages in den vorgenannten Beschluss zu integrieren und regelmäßig im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität zu berichten. Parallel werden die fachlich nachvollziehbaren Prioritäten des Antrages im Rahmen der Einzelfallprüfung für Projekte der Bauleitplanung und anderen Einzelvorhaben mitbetrachtet. Auf einzelne Rückfragen der Ausschussmitglieder geht Herr Rubelt ein.

Herr Tomczak beantragt für die antragstellende Fraktion die Zurückstellung, um sich nochmals in der Fraktion verständigen zu können.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 4.7 Verstärkung der Klimaschutzziele in der Stadtentwicklung
Vorlage: 22/SVV/1001
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Herr Adler bringt den Antrag ein.

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) unterstützt den Antrag und äußert, dass man sich bereits mit diesem Themen auseinandersetzen würde.

Das Land Brandenburg als obere Denkmalschutzbehörde habe im Januar 2023 die nächste Beratung. Ebenso sei man innerhalb der Verwaltung mit den KollegInnen des Denkmalamtes die Abstimmung.

Herr Rubelt ergänzt zur rechtlichen Seite des Verfahrens, dass man die Bedeutung von Denkmalschutz und Klimaschutz nicht gegeneinander abwägen sollte. Klüger sei es, in Klimaschutzmaßnahmen zu investieren. Das Landesamt hat im November eine Fachkonferenz durchgeführt und ist fachlich zuständig. Gemeinsam sollte man dafür kämpfen mehr Ressourcen für den Klimaschutz zu eröffnen, solange der Klimaschutz noch eine freiwillige Maßnahme ist.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt auf kommunaler Ebene einen fachlichen Diskurs zu beginnen, der unter Einbeziehung relevanter Gruppen der Gesellschaft und der Verwaltung die Ziele des Klimaschutzes gegenüber den Zielen des Denkmalschutzes neu diskutiert mit dem Ziel, den aktuellen Anforderungen der klima- und umweltgerechten Stadtentwicklung, insbesondere unter energetischem Aspekt besser gerecht zu werden.

Der SVV ist im März 2023 erstmals zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

**zu 4.8 Klima-Bündnis-Resolution zum Thema Klimaschutz und Energiearmut
Vorlage: 22/SVV/1004**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Walter bringt den Antrag ein.

Herr Tomczak äußert, dass die LHP bereits Mitglied im Klimabündnis sei und es sich um einen redundanten Vorschlag handeln würde.

Herr Adam stellt den Geschäftsordnungsantrag auf sofortige Abstimmung.
Dafür spricht niemand, dagegen spricht Herr Twerdy und bittet die Verwaltung anhören zu dürfen.

Abstimmungsergebnis: 4/3/0

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Resolution des Klimabündnisses zur Energiearmut für die Landeshauptstadt Potsdam zu begrüßen und die Forderungen an Bund und Land zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 4.9 Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien für Mieter:innen in Potsdam fördern

Vorlage: 22/SVV/1014

Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Frau Dr. Günther bringt den Antrag ein.

Im Laufe der sich anschließenden Diskussion unter Beteiligung mehrerer Ausschussmitglieder wird die Intention des Antrages befürwortet und dabei die Frage gestellt, weshalb ein Konzept erforderlich sei. Statt eines Konzeptes sei eine Darstellung ausreichend. Zudem wird auf die Federführung der Netzgesellschaft aufmerksam gemacht, um zu informieren welche Möglichkeiten es gebe und wie die Realisierung möglich wäre.

Herr Rubelt bestätigt, dass diese Aufgabe nicht in kommunaler Trägerschaft sei. Die verwaltungsseitige Umsetzung ist nicht leistbar. Mittels attraktiver Förderung aus dem Klimafonds trägt die Landeshauptstadt Potsdam zur finanziellen Entlastung von MieterInnen bei.

Frau Dr. Günther beantragt die Zurückstellung, um sich nochmals in der Fraktion beraten zu können.

Dafür und dagegen spricht niemand.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

zu 4.10 Unterstützung Blumenfee vom Luisenplatz

Vorlage: 22/SVV/1008

Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Eine Einbringung wird nicht gewünscht.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Durch den Ausschussvorsitzenden wird aufmerksam gemacht, dass der Ausschuss für Finanzen den Antrag in geänderter Fassung zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Der Ausschussvorsitzende stellt den ungeänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister beauftragt, das ehrenamtliche Engagement der Blumenfee auf dem Luisenplatz Potsdam mit Sachmitteln aus dem Budget der LHP zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 4.11 Anschaffung von Dialogdisplays (Geschwindigkeitsanzeigen) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

Vorlage: 22/SVV/0992

Fraktionen SPD, Sozial.DIE LINKE.Potsdam, Bündnis 90/Die Grünen

Herr Troche bringt den Antrag ein und bittet, die Terminierung im letzten Satz auf Qu 3/2023 zu ändern.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) berichtet, dass der Einsatz von Dialogdisplays zur Geschwindigkeitsanzeige bereits erfolge. Die temporäre Aufstellung von Geschwindigkeitsanzeigen wird vorrangig im Bereich vor Schulen und Kitas bzw. von Schulwegen vorgenommen. Bei Auffälligkeiten (z.B. häufige und/oder deutliche Geschwindigkeitsüberschreitungen) werden dann weitere Maßnahmen (u.a. verstärkte Geschwindigkeitskontrollen) eruiert und umgesetzt. Der nahezu tägliche mobile Einsatz solcher Anlagen durch die Verkehrswacht wird auch künftig von der Verwaltung unterstützt und wenn erforderlich auch intensiviert. Hingegen verlieren stationär errichtete Anlagen mit der Zeit ihre geschwindigkeitsdämpfende Wirkung deutlich, so dass hier keine Empfehlung der Verwaltung erfolgen kann. Herr Schenke unterbreitet das Angebot in der kommenden Sitzung über die Standorte, einschließlich detaillierter Auswertung der Verkehrsdaten (mit der Geschwindigkeitsmesstafel (DSD) aus dem Monat Oktober 2022 zu berichten. Auf einzelne Rückfragen der Ausschussmitglieder geht Herr Schenke ein.

Herr Troche stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung des Antrages.

Dafür spricht Herr Adler, dagegen spricht niemand.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 4.12 Verbesserter Lärmschutz entlang der A115
Vorlage: 22/SVV/0813
Fraktion Freie Demokraten

Herr Kretschmer bringt den Antrag ein.

Im Zeitraum 2023/2024 erfolgt entsprechend den Vorgaben der EU-Umgebungslärmrichtlinie die Erarbeitung der 4. Stufe der Lärmaktionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam auf Basis der aktuellen Lärmkartierung des Landesamtes für Umwelt des Landes Brandenburgs.

Herr Schenke informiert stellvertretend für den Bereich Umwelt, dass der Lärmaktionsplan für die Landeshauptstadt Potsdam auf Basis der aktuellen Lärmkartierung des Landesamtes für Umwelt des Landes Brandenburgs bis 2024 erstellt wird. In diesem Zusammenhang wird auch der von der Autobahn ausgehende Lärm betrachtet und es werden Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Zielsetzung ist die gesamtstädtische Prioritätensetzung.

Der Ausschussvorsitzende verweist auf den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Der Beschlusstext wird nach dem 1. Halbsatz um folgende Einfügung ergänzt: „sich an den Bundesverkehrsminister zu wenden mit dem Ziel“

Herr Wilke macht aufmerksam, dass das Landesamt zuständig sei.

Herr Rubelt ergänzt, dass die Aufgabe darin bestehe, die Bebauung gegen Lärm zu schützen; nicht die Bestandsbauten. Im Rahmen der Fortschreibung der Lärmaktionsplanung könne das mit diesem Antrag erbetene Ergebnis vorgestellt werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, geeignete Maßnahmen seitens der Landeshauptstadt Potsdam zur Reduzierung des emittierten Lärms entlang der A115 für die Wohngebiete Drewitz, Stern und Kirchsteigfeld sowie die Finanzierung der dafür anfallenden Kosten zu ermitteln.

Das Ergebnis der Prüfung soll der ~~Stadtverordnetenversammlung bis Ende Q1 2023~~ **im Rahmen der Fortschreibung der Lärmaktionsplanung** vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.13 **Ortsumgehung OT Groß Glienicke**

Vorlage: 21/SVV/0265

Ortsbeirat Groß Glienicke

(Wiedervorlage)

Der Ortsvorsteher Groß Glienicke, Herr Sträter, bringt die Ausführungen von Herrn Niehoff zur Ortsumgehung aus dem letzten Jahr in Erinnerung. Eine Ortsumgehung könnte zwar den Kfz-Verkehr zwischen Potsdam westlich der L20 und Berlin-Spandau binden, allerdings nicht die Quell- und Zielverkehre von Groß Glienicke und Berlin-Kladow und -Gatow. Aufgrund dieses Effektes würde der Kfz-Verkehr in der Ortslage Groß Glienicke trotz Ortsumgehung immer noch bei ca. 2/3 des Ausgangsniveaus liegen. Eine spürbare Entlastung der Ortslage ergebe sich also nur dann, wenn die vorhandene Verbindung zwischen Groß Glienicke und Berlin unterbrochen wird und eine neue Trasse der Bundesstraße 2 entstünde. Zusätzlich sei mit einer Zunahme des Verkehrsaufkommens durch Krampnitz zu rechnen.

Herr Sträter bittet zu beachten, dass der Straßenraum auf der B2 in Groß Glienicke den Verkehr nicht zulasse und das Problem des Durchgangsverkehrs durch Groß Glienicke unbedingt zu lösen sei. In diesem Zusammenhang verweist Herr Sträter auf die vorhandene Dünnschichtdecke, den fehlenden Geh- und Radweg sowie fehlende Verkehrsinsel-Halte. Eine Ausbauplanung dafür gebe es bereits, jedoch sei dafür der Erwerb von Randstreifen erforderlich.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) bestätigt, dass durch eine Ortsumgehung nicht die gewünschte Entlastung des Verkehrs durch Groß Glienicke erreicht werden könne und schlägt vor, nochmals Untersuchungen im Zuge des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr vorzunehmen, bevor eine abschließende Klärung erfolgt. Der Ausbau sei erforderlich, jedoch fehlen dafür die finanziellen Mittel. Im Investitionsplan der nächsten 5 Jahre ist die Maßnahme nicht enthalten. Mit dem STEK Verkehr werden längerfristige Prioritäten mit einer 10 Jahres-Perspektive verankert.

Herr Sträter führt aus, dass einige der Grunderwerbe bereits derzeit möglich wären und bittet zeitnah zu versuchen, den bereits jetzt möglichen Flächenankauf vorzunehmen.

In der weiterführenden Diskussion wird deutlich, dass der Antragsinhalt 22/SVV/0265 nicht mit den von Herrn Sträter vorgetragenen Zielen vereinbar sei und deshalb der vorliegende Antrag nicht zur Abstimmung gestellt werden könne.

Herr Sträter schlägt vor, den Antrag nochmals zur Abstimmung mit den Ortsbeirat Groß Glienicke zu nehmen und gegebenenfalls in modifizierter Fassung erneut im KUM-Ausschuss einzubringen.

Der Zurückstellung des Antrages wird einstimmig zugestimmt.

zu 4.14 **Bekanntnis zum Tarifplan des ViP**

Vorlage: 22/SVV/0952

Fraktion AfD

Von der antragstellenden Fraktion ist niemand anwesend, so dass die Einbringung entfällt.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit der Potsdamer ÖPNV-Tarifplan der ViP beibehalten werden kann trotz Initiative für ein bundesweites „49-Euro-Ticket“.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	7
Stimmhaltung:	0

Damit lehnt der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität den Antrag ab.

zu 4.15 Anpassung Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur

Vorlage: 22/SVV/1007

Fraktion Freie Demokraten

Herr Kretschmar bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) verweist auf das im April 2018 beschlossene Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur der Landeshauptstadt Potsdam. Derzeit ist - wie im Antrag begründet - ein Hochlauf der Elektromobilität zu verzeichnen. Hersteller stellen ihr Produktportfolio um, Bürgerinnen und Bürger entscheiden sich immer häufiger für Fahrzeuge mit batterieelektrischem Antrieb. Ein steter und bedarfsorientierter Ausbau der Ladeinfrastruktur notwendig, um den steigenden Nutzungsansprüchen gerecht zu werden. In Potsdam sind von etwa 80.000 Pkw ca 1.000 elektrobetriebene Fahrzeuge. Seitens der Verwaltung ist geplant, ein neues, aktuelleres und zukunftsfähiges Konzept zum vierte Quartal 2024 fertig zu stellen. Der gemäß Antrag geforderte Zeithorizont – bis Ende Q 2/2023 - ist bei der vorhandenen Personaldecke weder inhaltlich noch praktisch möglich. Insbesondere sind auch Überlegungen erforderlich, auf welche Weise auf privatem Grund - beispielsweise in Parkhäusern - eine entsprechende Ladeinfrastruktur vorgehalten werden kann. Schnellladesäulen bieten sich eher an Autobahnen an und sind für den Nutzer auch teurer.

Durch den Ausschuss für Ordnung und Sicherheit wurde dieser Hinweis aufgegriffen und der Antrag mit einer Terminänderung auf „bis Ende Q 4 2024“ zur Beschlussfassung empfohlen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur (aus 2017) anzupassen. Dabei sollen folgende Punkte besondere Berücksichtigung finden:

- 1.) Anpassung des Konzeptes bis Ende ~~Q2/2023~~ **Q 4/2024** an die seit 2017 stattgefundenen Veränderungen, wie u.a. die Ausrufung des Klimanotstandes, dass beabsichtigte Ende der Produktion von Fahrzeugen mit Verbrenner-Motoren, die rapide steigenden Neuzulassungen von Fahrzeugen mit Elektromotoren sowie die fortschreitende Technik mit x-fachen Ladegeschwindigkeiten.
- 2.) Anpassung des Gestattungsvertrages mit der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP):
 - Umsetzung und Anpassung der offenen Standorte (vor allem an P&R Parkplätzen und in allen Wohngebieten)
 - Schaffung von neuen Standorten für Schnellladesäulen
 - Austausch bestehender Ladesäulen in Schnellladesäulen (mind. 50 kW)
 - Nutzung von Bundes- und EU Fördermitteln
 - Sicherstellung der schnellen Reparatur defekter Säulen
 - Einwirkung der Landeshauptstadt Potsdam als alleinige Gesellschafterin auf eine deutliche Verkürzung der Bearbeitungszeiten für private Ladesäulen

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 BE zum Prüfauftrag 22/SVV/0825 Einrichten einer Haltestelle Bornim Kirche
Fachbereich Mobilität und Infrastruktur

Das Prüfergebnis wurde den Ausschussmitgliedern am 22.11.22 per Email übermittelt und wird im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift beigefügt.

Herr Troche dankt für die Errichtung einer zusätzlichen Haltestelle bereits zum Fahrplanwechsel Dezember 2022.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Berichterstattung zum Beschluss 22/SVV/825 zur Kenntnis.

- zu 5.2 Information zu den Nachfragen aus der vergangenen Sitzung**
- Umverlegung der Kreuzung Albert-Einstein-Str./Am Brauhausberg nach Süden; Anschlüsse und Flächengestaltung
- straßenräumliche verkehrliche Situation südlich des neu eröffneten Museums „Minsk“
Fachbereich Mobilität und Infrastruktur

Die BE wurde den Ausschussmitgliedern am 22.11.22 per Email übermittelt und wird im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift beigefügt.

Herr Tomczak dankt für die zur Verfügung gestellten Unterlagen und wird sich in der Fraktion dazu austauschen. Im Zweifel kündigt er an, diese Thematik nochmals im KUM-Ausschuss aufrufen zu wollen.

zu 6 Sonstiges

Keine Themen.